

	Rn.		Rn.
b) Ausweitungen des Ausgleichsanspruchs . . . . .	693	2. Gerichtszuständigkeit und Streitwert . . . . .	711
c) Insbes.: Der Anspruch aus Immobilienhaftung . . . . .	696	3. Antragsfassungen und Besonderheiten der Klagearten . . . . .	718
d) Mitverschulden . . . . .	707	a) Beseitigungsklage . . . . .	718
e) Verjährung . . . . .	708	b) Unterlassungsklage . . . . .	730
3. § 14 BImSchG und hoheitliche Tätigkeit . . . . .	709	c) Duldungsklage . . . . .	734
VI. Prozessuale Besonderheiten . . . . .	710	d) Klagen auf Schadensersatz und andere Geldansprüche . . . . .	736
1. Beweislast. . . . .	710	e) Weitere Leistungsklagen. . . . .	739

**Schrifttum** (Auswahl): *Breuer/Görditz*, Öffentliches und privates Wasserrecht, 4. Aufl. 2017; *Dehner*, Nachbarrecht im Bundesgebiet (ohne Bayern), 7. Aufl. 1991 ff.; Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Bd. 7 – Sachenrecht, 7. Aufl. 2017; *Grziwotz/Lütke/Saller*, Praxishandbuch Nachbarrecht, 2. Aufl. 2013; *Horst*, Rechtshandbuch Nachbarrecht, 2. Aufl. 2006; *Palandt*, BGB, 76. Aufl. 2017; *Reichel/Schulte*, Handbuch Bauordnungsrecht, 2004; *Seidel*, Öffentlich-rechtlicher und privater Nachbarschutz, 2000; *Sauthoff*, Straße und Anlieger, 2003; *Serwe*, Gütestellen- und Schlichtungsgesetz NRW, 2002; *Soergel*, Kommentar zum BGB, 13. Aufl. 2000 ff.; *Staudinger*, Kommentar zum BGB, 14. Aufl. 2002 ff.; *Zöller*, Zivilprozessordnung, 31. Aufl. 2016. **Landesrecht: Baden-Württemberg:** *Birk*, Gesetz über das Nachbarrecht Baden-Württembergs, 5. Aufl. 2004; *Bruns*, Nachbarrechtsgesetz Baden-Württemberg, 3. Aufl. 2015; *Pelka*, Das Nachbarrecht in Baden-Württemberg, 22. Aufl. 2015; *Reich*, Gesetz über das Nachbarrecht Baden-Württembergs, 2008; *Vetter/Karremann/Kahl*, Nachbarrecht Baden-Württemberg, 18. Aufl. 2006; **Bayern:** *Grziwotz/Saller*, Bayerisches Nachbarrecht, 3. Aufl. 2015; *Meisner/Ring/Götz*, Nachbarrecht in Bayern, 7. Aufl. 1986; *Brandenburg:* *Postier*, Nachbarrecht in Brandenburg, 2. Aufl. 1998; **Hessen:** *Hodes/Dehner*, Hessisches Nachbarrecht, 5. Aufl. 2001; *Reich*, Hessisches Nachbarrechtsgesetz, 2007; **Niedersachsen:** *Lehmann*, Kommentar zum Niedersächsischen Nachbarrechtsgesetz, 3. Aufl. 1978; *Schäfer/Schäfer*, Niedersächsisches Nachbarrechtsgesetz, 2. Aufl. 2015; **Nordrhein-Westfalen:** *Schäfer/Fink-Jamann/Peter*, Nachbarrechtsgesetz für das Land NRW, 16. Aufl. 2012; *Zimmermann/Steinke*, Kommentar zum nordrhein-westfälischen Nachbarrechtsgesetz, 1969; *Gädtker/Temme/Heinz*, Landesbauordnung NRW, 10. Aufl. 2003; **Rheinland-Pfalz:** *Hülbusch/Bauer/Schlick*, Nachbarrecht für Rheinland-Pfalz und das Saarland, 6. Aufl. 2005; *Reich*, Landesnachbarrechtsgesetz für Rheinland-Pfalz, 2007; **Saarland:** *Hülbusch/Bauer/Schlick*, Nachbarrecht für Rheinland-Pfalz und das Saarland, 6. Aufl. 2005; **Sachsen:** *Schäfer*, Sächsisches Nachbarrechtsgesetz, 1998; **Schleswig-Holstein:** *Bassenge/Olivet*, Nachbarrecht in Schleswig-Holstein, 13. Aufl. 2017; **Sachsen-Anhalt:** *Eidam*, Nachbarrecht in Sachsen-Anhalt, 2. Aufl. 2000; **Thüringen:** *Schäfer*, Thüringer Nachbarrecht, 2. Aufl. 2006.

## 1. Teil: Einleitung

### I. Überblick

#### 1. Begriff

- 1 Nachbarrecht ist der Inbegriff der Rechtsnormen, die den Inhalt und die Grenzen des Grundeigentums beschreiben und einen Ausgleich zwischen den oft gegensätzlichen Interessen der Nachbarn schaffen. Die Normen können dem Privatrecht, aber auch dem öffentlichen Recht angehören.

#### 2. Gesetzeslage

- 2 Eine einheitliche **Regelung des privaten Nachbarrechts** gibt es in der Bundesrepublik nicht. Die insoweit in Betracht kommenden Vorschriften sind sowohl im BGB als auch in den Nachbarrechtsgesetzen der Länder enthalten. Nachbarrechtlich von Bedeutung sind aber auch öffentlich-rechtliche Vorschriften, insbesondere die Bauordnungen der Länder, soweit diese nachbarschützenden Charakter haben. Schließlich kann zur Begrün-

dung von Rechten und Pflichten auf das nachbarrechtliche Gemeinschaftsverhältnis zurückgegriffen werden.

Bundesrecht geht dem Landesrecht vor (Art. 31 GG). Das Landesrecht kann gleichwohl auch bundesrechtlich von Bedeutung sein. So hat der BGH entschieden, dass die nachbarrechtlichen Sonderbestimmungen im Verhältnis zwischen Grundstücksnachbarn für die Beurteilung maßgeblich sind, ob Einwirkungen von einem Grundstück auf das andere rechtswidrig sind (BGH NJW-RR 2000, 537) oder den Nachbarn für den Zustand seines Grundstücks eine Sicherungspflicht trifft, so dass er als Störer angesehen werden kann (BGH NJW 2004, 603, 1037).

Die Doppelspurigkeit des Nachbarrechts führt dazu, dass eine bundesweite Einheitlichkeit der Rechtsverhältnisse nicht geschaffen werden kann. Während die einheitliche Handhabung des Bundesnachbarrechts vom BGH gewährleistet wird, kann die Revision nur auf die Verletzung von Landesrecht gestützt werden, dessen Geltungsbereich sich über den Bezirk eines OLG hinaus erstreckt (§ 545 I ZPO). Das ist bei vielen lokalen Rechten, vor allem örtlich begrenztem Wohnheitsrecht (sog. **Observanz**, dazu BGH NJW-RR 2009, 311, 312), nicht der Fall.

## II. Die Rechtsquellen des Nachbarrechts

### 1. Die nachbarrechtlichen Vorschriften des BGB

§ 903 BGB stellt den Grundsatz auf, dass der Eigentümer mit seiner Sache nach Belieben verfahren und jeden anderen von jeglicher Mitwirkung ausschließen kann, soweit nicht das Gesetz oder die Rechte Dritter entgegenstehen. § 904 BGB gewährt das Recht zur Einwirkung auf die Sache eines anderen aufgrund eines Notstandes sowie einen Schadensersatzanspruch, falls es dabei zu einer Beschädigung der Sache kommt. § 905 BGB bestimmt, wie weit sich das Herrschaftsrecht eines Grundstückseigentümers nach oben und unten erstreckt. § 906 BGB ist eine besonders **wichtige Vorschrift**. Sie regelt die privatrechtliche Zulässigkeit von Einwirkungen auf das Grundstück durch Immissionen wie Zuführen von Gasen, Dämpfen, Gerüchen, Rauch sowie die Beeinträchtigungen durch Lärm, Erschütterungen oder ähnliche Einwirkungen. Unter sie fällt auch das Eindringen von Kleintieren sowie Beeinträchtigungen durch Laubfall, Blüten und Unkrautsamen. § 907 BGB regelt das Herstellen oder Halten gefährdender Anlagen. § 908 BGB gewährt dem Grundstückseigentümer, dessen Grundstück die Gefahr eines Gebäudeeinsturzes vom Nachbargrundstück her droht, einen Anspruch auf Vorsorgemaßnahmen. § 909 BGB verbietet die Vertiefung eines Grundstücks, wenn hierdurch ein Gebäude auf dem Nachbargrundstück die erforderliche Stütze verliert, sofern nicht für eine anderweitige Befestigung gesorgt ist. § 910 BGB regelt, unter welchen Voraussetzungen ein Grundstückseigentümer Wurzeln, Äste oder Zweige von Bäumen oder Sträuchern des Nachbarn abschneiden kann, wenn diese über die Grenze wachsen. § 911 BGB bestimmt, dass Früchte, die vom Baum des einen auf das Grundstück des anderen Nachbarn fallen, in dessen Eigentum übergehen. §§ 912–916 BGB regeln den (ungenehmigten) Grenzübergang mit Gebäuden. Es ist zu beachten, dass die Nachbarrechtsgesetze der Länder vielfach Vorschriften darüber enthalten, wann und wie im Einverständnis mit dem Eigentümer des Nachbargrundstücks über die Grenze gebaut werden darf und welche Rechtsfolgen sich daraus ergeben. §§ 917, 918 BGB befassen sich mit dem Notwegrecht (s. dazu etwa BGH NJW-RR 2014, 398 Rn. 12, 19; 2015, 1234, Rn. 14 ff.: Erreichbarkeit eines Grundstücks mit einem Kfz; OLG Hamm NJOZ 2014, 1406, zur Kostentragung für die Verlegung einer Notwegzufahrt). §§ 921, 922 BGB enthalten wichtige Vorschriften für Grenzeinrichtungen, z.B. einer Wand oder eines Zaunes, die auf der Grenze errichtet worden sind. §§ 903–923 BGB gelten aufgrund von **Art. 8 EinigungsV** auch in den neuen Bundesländern.

## 2. Die Nachbarrechtsgesetze der Länder

- 6 a) **Gesetzgebungskompetenz.** Zum Erlass von Nachbarrechtsgesetzen sind die Länder aufgrund von Art. 124 EGBGB befugt. Nicht alle Länder haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Brem und Hmb haben keine besonderen Nachbarrechtsgesetze erlassen. Gleichwohl gibt es auch dort einige nachbarrechtliche Vorschriften. In Brem ist § 24 AGBGB zu nennen, der die Rechte an gemeinschaftlichen Mauern regelt. In Hmb befinden sich nachbarrechtliche Vorschriften in der Hamburgischen BauO. Mecklenburg-Vorpommern hat ebenfalls kein privates Nachbarrecht. Auch Bay hat von einer umfassenden Regelung Abstand genommen; hier sind im AGBGB nur einzelne Bereiche geregelt. In der **Literatur** sind bezüglich einzelner Vorschriften der Nachbarrechtsgesetze Bedenken gegen die Gesetzgebungsbefugnis des Landesgesetzgebers erhoben worden, vgl. z.B. *Hodes/Dehner* Einleitung Rn. 3 ff.; *Hülbusch/Bauer/Schlick* unter dem Stichwort Gesetzgebungsbefugnis.
- 7 b) Die **alten Bundesländer** haben folgende **Nachbarrechtsgesetze** bzw. nachbarrechtliche Vorschriften erlassen:

**Baden-Württemberg:** G. v. 14.12.1959 (GBl. S. 171) in der Fassung v. 8.1.1996 (GBl. S. 54), zuletzt geändert durch G. v. 14.2.2014 (GBl. S. 65, 66); **Bayern:** Gesetz zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs (AGBGB) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 400-1-J) veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch G. v. 24.11.2016 (GVBl. S. 318); **Berlin:** G. v. 28.9.1973 (GVBl. S. 1654); dieses gilt auch im früheren **Ostberlin**; zuletzt geändert durch G. v. 17.12.2009 (GVBl. S. 870); **Bremen:** Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. 7. 1899, zuletzt geändert durch G. v. 2.8.2016 (GBl. S. 434); **Hamburg:** BauO v. 14.12.2005 (GVBl. S. 563); zuletzt geändert durch G. v. 17.2.2016 (GVBl. S. 63); **Hessen:** G. v. 24.9.1962 (GVBl. S. 417), zuletzt geändert durch G. v. 28.9.2014 (GVBl. I S. 218); **Niedersachsen:** NachbarrechtsG v. 31.3.1967 (GVBl. S. 91), zuletzt geänd. Durch G. v. 23.7.2014 (GVBl. S. 206); **Nordrhein-Westfalen:** NachbarrechtsG v. 15.4.1969 (GV S. 190), zuletzt geändert durch G. v. 15.11.2016 (GV S. 934); **Rheinland-Pfalz:** G. v. 15.6.1970 (GVBl. 1970 S. 198), zuletzt geändert durch G. v. 21.7. 2003 (GVBl. S. 209); **Saarland:** G. v. 28.2.1973 (ABl. S. 210), zuletzt geändert durch G. v. 15.7. 2015 (ABl. I S. 632); **Schleswig-Holstein:** G. v. 24.2.1971 (GVOBl. S. 54), zuletzt geändert durch G. v. 27.5.2016 (GVOBl. S. 162). Von den **neuen Bundesländern** haben bisher **Brandenburg** (G. v. 28.6.1996, GVBl. I S. 226, zuletzt geändert durch G. v. 3.6.2014, GVBl. Nr. 22), **Sachsen** (G. v. 11.11. 1997, GVBl. S. 582; zuletzt geändert durch G. v. 8.12.2008, GVBl. S. 940), **Sachsen-Anhalt** (G. v. 13.11.1997, GVBl. S. 958, geändert durch G. v. 18.5.2010, GVBl. S. 340, 341) und **Thüringen** (G. v. 22.12.1992, GVBl. S. 599; geändert durch G. v. 8.3.2016, GVBl. S. 149) Nachbarrechtsgesetze erlassen.

- 8 I.Ü. gilt an sich das frühere Landesrecht, das durch Art. 124 EGBGB aufrechterhalten worden ist. Diese Vorschriften sollten im Gebiet der Neuen Bundesländer durch das ZGB der früheren DDR außer Kraft gesetzt werden. Nach *Dehner* DtZ 1991, 108 ff. ist jedoch aufgrund der Weitergeltung von Art. 124 EGBGB davon auszugehen, dass die vor Inkraft-Treten des ZGB-DDR bestehenden nachbarrechtlichen Vorschriften durch den Einigungsvertrag wieder eingeführt werden sollten. Danach ergäbe sich folgender Rechtszustand (Einzelheiten s. bei *Dehner* A § 3 VII und DtZ 1991, 108): In **MV** wurde bislang kein NRG verabschiedet (zu den Hintergründen *Janke*, NJ 2007, 204). In **MV** ist damit im früheren Mecklenburg sowie in Teilen Vorpommerns gemeines Recht, i.Ü. das pr. ALR anzuwenden, s. auch § 3 Nr. 7 Rechtsbereinigungs- und RechtsfortgeltungsG v. 23.4.2001 (GS GL. Nr. 114–1; so auch *Janke* DtZ 1992, 311; nach a.A. finden die §§ 316, 317 ZGB als verbliebene Regelungen des im ZGB geregelten Nachbarrechts Anwendung, so *Wilke* DtZ 1996, 294). In **Thür** ist das alte Recht im Rahmen von § 54 NRG als Übergangsregelung von Bedeutung. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den Landesteilen, die schon zum 1920 entstandenen Land Thür gehörten, und den bis 1945 preußischen: Im früheren Land Thür wurde durch die VO v. 16.5.1923 das Nachbarrecht geregelt. Im Wesentlichen wurde das aus der Zeit vor 1900 geltende Recht aufrechterhalten. Im ehemals preußischen Landesteil ist das ALR, z.T. mit Einschränkungen, anzu-

wenden (s. dazu *Dehner* DtZ 1991, 110, 111; A § 3 VII 2). In **Sachs** ist durch § 33 privates Nachbarrecht, soweit es über den 2.10.1990 hinaus als Landesrecht fortgegolten hatte, aufgehoben worden. Dieses bleibt jedoch im Rahmen der Übergangsregelung in § 32 von Bedeutung. *Dehner* A § 3 VII 1, hält §§ 1–33 Sachs für unwirksam. In **LSA** sind die dem neuen Recht entgegenstehenden oder gleich lautenden Vorschriften durch das NRG aufgehoben worden, § 44. Diese sind jedoch noch z.T. als Übergangsrecht im Rahmen von § 43 von Bedeutung. Zu den Wirksamkeitsbedenken bei den Gesetzen der neuen Bundesländer allgemein vgl. *Dehner*, A § 3 VII.

**c) Regelungsgegenstände der Gesetze.** Die Nachbarrechtsgesetze haben folgende 9 Bereiche geregelt:

**Abwasser:** BW § 1; Bbg § 54; NRW § 29; LSA § 33; **Anwende-, Trepp- und Schwengelrecht:** Bay Art. 53; **Aufsichtungen; Gerüste:** BW § 8; Bbg § 27; NRW § 31; Sachs § 18; **Bodenerhöhungen:** BW §§ 9, 10; Bln § 20; Bbg § 26; Nds §§ 26, 38; NRW §§ 30, 31; RhPf § 43; Saarl § 47; Sachs § 17; SchlH § 25; Thür § 43; **Dachtraufe:** BW §§ 1, 2; Bbg §§ 52, 53; Hess §§ 26, 27; Nds §§ 45, 46; NRW §§ 27, 28; RhPf §§ 37, 38; Saarl §§ 41, 42; Sachs § 25; LSA § 33; SchlH § 26; Thür §§ 37, 38; **Einfriedigungen:** BW §§ 7, 11–13, 18, 19 ff., 32, 33; Bln §§ 21 ff.; Bbg §§ 28–35; Hmb § 11; Hess §§ 14 ff.; Nds §§ 27 ff.; NRW §§ 32 ff.; RhPf §§ 39 ff.; Saarl §§ 43 ff.; Sachs §§ 4–8; LSA §§ 22–28; SchlH §§ 28 ff., 35, 36; Thür §§ 39 ff.; **Fenster- und Lichtrecht:** BW §§ 3–5, 31; Bay Art. 43 – 45, 52; Bbg §§ 20–22; Hess §§ 11 ff.; Nds §§ 23 ff.; NRW §§ 4 ff.; RhPf §§ 34 ff.; Saarl §§ 35 ff.; SchlH §§ 22 ff.; Thür §§ 34 ff.; **Grenzabstände für Bäume, Pflanzen usw.:** BW §§ 12 ff., 23 ff., 33, 34; Bay Art. 47 ff.; Bln §§ 27 ff.; Bbg §§ 36–43; Hmb § 86 II a.F.; Hess §§ 38 ff.; Nds §§ 50 ff.; NRW §§ 40 ff.; RhPf §§ 44 ff.; Saarl §§ 48 ff.; Sachs §§ 9–16, 32; LSA §§ 34–42, 43 III; SchlH §§ 38 ff.; Thür §§ 44 ff.; **Grenzabstände für Gebäude:** BW §§ 6, 7; Nds §§ 61, 62; NRW §§ 1–3; SchlH §§ 42, 43; **Grenzwand:** BW §§ 7a, 7b, 7e; Bln §§ 14 ff.; Bbg §§ 16–19; Hmb § 74 III, IV, V, VI, VII; Hess §§ 8 ff.; Nds §§ 16 ff.; NRW §§ 19 ff.; RhPf §§ 13 ff.; Saarl §§ 15 ff.; LSA §§ 11–16; SchlH §§ 11 ff.; Thür §§ 13 ff.; **Grundwasserschutz:** Bbg § 60; Hess § 20; Nds § 38; LSA § 29; SchlH § 27; **Hammerschlags- und Leiterrecht:** BW § 7d; Bay Art. 53; Bln §§ 17, 18; Bbg §§ 23, 24; Hmb § 74 I, V, VI, VII; Hess §§ 28, 29; Nds §§ 47, 48; NRW §§ 24, 25; RhPf §§ 21 ff.; Saarl §§ 24 ff.; Sachs § 24; LSA §§ 18–20; SchlH §§ 17 ff.; Thür §§ 21 ff.; **Höherführen und Befestigung von Antennen, Schornsteinen usw.:** BW § 7e – ohne Antennen; Bln § 19; Bbg § 25 – ohne Antennen; Hmb § 74 II, V, VI, VII – ohne Antennen; Hess §§ 36, 37 – ohne Antennen; Nds § 49 – ohne Antennen; NRW § 26; RhPf §§ 17 ff.; Saarl §§ 21 ff.; SchlH §§ 20, 21; Thür §§ 17 ff.; **Leitungsrecht:** BW §§ 7e, 7f; Bbg §§ 44 ff.; Hess §§ 30 ff.; RhPf §§ 26 ff.; Saarl §§ 27 ff.; Sachs §§ 19 ff.; LSA § 21; Thür §§ 26 ff.; **Nachbarwand:** Bay Art. 46; Bln §§ 4 ff.; Bbg §§ 5 ff.; Hess §§ 1 ff.; Nds §§ 3 ff.; NRW §§ 7 ff.; RhPf §§ 3 ff.; Saarl §§ 3 ff.; LSA §§ 5–10, 43 II; SchlH §§ 4 ff.; Thür §§ 3 ff.; **wild abfließendes Wasser:** Bbg §§ 55 ff.; Hess §§ 21 ff.; Nds §§ 39 ff.; Saarl §§ 38 ff.; LSA §§ 30–32.

### 3. Das nachbarrechtliche Gemeinschaftsverhältnis

Aus der **Anwendung** des **Grundsatzes** von **Treu und Glauben** (§ 242 BGB), der das gesamte Recht beherrscht, und aus dem besonderen Tatbestand des nachbarlichen Zusammenlebens können sich für die benachbarten Grundstückseigentümer im Einzelfall auch dann Rechte und Pflichten ergeben, wenn ausdrückliche gesetzliche Regelungen fehlen. Aus diesem nachbarrechtlichen Gemeinschaftsverhältnis folgt für alle Beteiligten die Pflicht zur gegenseitigen Rücksichtnahme. Diese kann die Ausübung eines an sich bestehenden Rechtes als unzulässig erscheinen lassen oder einen Anspruch auf Duldung eines sonst unzulässigen Verhaltens begründen. Da aber die Rechte und Pflichten von Grundstückseigentümern in erster Linie durch die entsprechenden nachbarrechtlichen Vorschriften geregelt werden, müssen die aus dem nachbarrechtlichen Gemeinschaftsverhältnis hergeleiteten Pflichten und Ansprüche aus zwingenden Gründen gebotene Ausnahmen bleiben (*BGHZ* 68, 350 = *NJW* 1977, 1447, 1448; *BGH NJW-RR* 2000, 537). Deshalb ist das Rechtsinstitut grds. auch dann nicht anwendbar, wenn das betreffende Problem anderweitig gesetzlich geregelt ist (*BGH NJW* 1990, 2556; *OLG Schleswig SchlHA* 1982, 58; s. aber auch *BGHZ* 174, 20 = *NJW* 2007, 3636, Rn. 14). Eine Aus-

nahme kommt nur dann in Betracht, wenn ein über die gesetzliche Regelung hinausgehender billiger Ausgleich der widerstreitenden Interessen dringend geboten erscheint (BGH NJW 2003, 1392). Dies ist nicht der Fall, wenn ein an sich nützlicher Überbau gegen Brandschutzvorschriften verstößt (BGH NJW-RR 2009, 24, 25). Das nachbarrechtliche Gemeinschaftsverhältnis begründet keine Ansprüche wegen positiver Forderungsverletzung (OLG Düsseldorf NJW-RR 2002, 306).

- 11 Das nachbarrechtliche Gemeinschaftsverhältnis ist von großer Bedeutung bei der Entscheidung der Frage, ob das Betreten eines Grundstücks durch Hunde, Katzen oder andere größere Tiere geduldet werden muss. Zur Verpflichtung, auf Grund des nachbarrechtlichen Gemeinschaftsverhältnisses eine über ein fremdes Grundstück führende Abwasserleitung dulden zu müssen, s. BGH NJW 2003, 1392.

#### 4. Nachbarschützende Normen des öffentlichen Rechts

- 12 Neben den privatrechtlichen Vorschriften können auch **öffentlich-rechtliche Vorschriften nachbarrechtlich von Bedeutung** sein. Bezüglich einer Reihe von öffentlich-rechtlichen Normen ist anerkannt, dass sie nicht nur öffentliche Interessen wahren sollen, sondern auch nachbarschützenden Charakter haben. Ist das der Fall, hat der Nachbar bei Verletzung einer solchen Vorschrift die Möglichkeit, vor den Verwaltungsgerichten ihre Einhaltung durchzusetzen. Daneben kann er einen Abwehr- und Beseitigungsanspruch gegen seinen Nachbarn aus § 1004 BGB haben. Handelt der Nachbar schuldhaft, macht er sich gemäß § 823 II BGB schadensersatzpflichtig. Beide Rechtswege stehen gleichberechtigt nebeneinander. Sie können auch gleichzeitig beschritten werden (vgl. BGH NJW 1993, 1580; BVerwG NJW 2003, 1580; wegen Ausnahmen von diesem Grundsatz s. Saller, in Grzivotz/Lüke/Saller, 1. Teil Rn. 86 ff.). S. hierzu auch Schäfer Sächs. NRG, Anh. Rn. 3 ff.

#### 5. Güte- und Schlichtungsverfahren

- 13 Aufgrund § 15a EGZPO, der durch das Gesetz zur Förderung der außergerichtlichen Streitbeilegung vom 15. 12. 1999 (BGBl. I S. 2400) geschaffen wurde, hat der Bundesgesetzgeber den Bundesländern die Möglichkeit gegeben, eine Klageerhebung in bestimmten Fällen von der erfolglosen vorherigen Durchführung eines speziellen Einigungsverfahrens abhängig zu machen. Dieses Verfahren hat mit der gerichtlichen Güteverhandlung gem. § 278 II 1 ZPO nichts zu tun und lässt sich durch dieses Verfahren auch nicht ersetzen.
- 14 Von der Möglichkeit zur Einrichtung eines obligatorischen Schlichtungsverfahrens haben die Länder nur z.T. und in unterschiedlichem Umfang Gebrauch gemacht. Dabei ist die in den meisten Ländern vorgenommene Begrenzung der Gültigkeitsdauer in SchlH und NRW wieder beseitigt worden. In den anderen Ländern wurde die Gültigkeitsdauer verlängert. In BW wurde das obligatorische Schlichtungsverfahren, das dort seit 2000 galt, zum 1. 5. 2013 abgeschafft (GBl. 2013, 49, 53; Begründung in LT-Drs. 15/3024). Thür und Sachs haben nur ein Gesetz über Schieds- und Gütestellen erlassen. Ausführungsgesetze bestehen derzeit in folgenden Ländern:

**Bayern:** G. v. 25.4.2000 (GVBl. S. 268), in Kraft getreten am 1.5.2000, zuletzt geändert durch G. v. 8.4. 2013 (GVBl. S. 174). Gilt u.a. für Ansprüche aus den §§ 906, 910, 911, 923 BGB sowie den in §§ 43 bis 54 AGBGB geregelten Nachbarrechten, sofern es sich nicht um Einwirkungen von einem gewerblichen Betrieb handelt. Für Klagen besteht kein Schlichtungserfordernis mehr für vermögensrechtliche Ansprüche bis 750 EUR. Damit sind auch Sekundäransprüche hinsichtlich der in §§ 43 bis 54 AGBGB geregelten erfassten Rechte vom Schlichtungserfordernis nicht mehr erfasst (vgl. BGH NJW-RR 2016, 823 Rn. 15).

**Brandenburg:** G. v. 5. 10. 2000 (GVBl. I S. 134), in Kraft getreten am 1. 1. 2001, geändert durch G. v. 18. 12. 2006 (GVBl. I S. 186). Gilt u.a. für Ansprüche aus §§ 906, 910, 911, 923 BGB sowie den im NRG geregelten Nachbarrechten, sofern es sich nicht um Einwirkungen von einem gewerb-